A50 Chinapolitik menschenrechtsorientiert gestalten

Antragsteller*in:	Marcel Ernst, Ingo Henneberg, Melanie Müller, Sarah Brockmeier, Sonja Katharina Schiffers, Sebastian Stölting, Sara Nanni, Juliana Wimmer
Tagesordnungspunkt:	1. Änderungsanträge zum Wahlprogram

Antragstext

Anpassung des Projekts zu China (Z. 218-234)

(fett: Ergänzungen; unterstrichen: Streichungen aus dem Originaltext)

China

China ist Europas Wettbewerber, Partner, systemischer Rivale. Wir verlangen von China ein Ende seiner eklatanten Menschenrechtsverletzungen etwa in Xinjiang und Tibet und zunehmend auch in Hongkong. Deutschland sollte sich daher für eine Fact-Finding-Mission zu Xinjiang im Rahmen des VN-Menschenrechtsrats einsetzen. Das sogenannte Sicherheitsgesetz für Hongkong sehen wir als Angriff auf die Autonomie der Sonderverwaltungszone und das international verbriefte Prinzip „Ein Land – zwei Systeme". Wirunterstützen die Demokratiebewegung in Hongkong. Es braucht dennoch einen konstruktiven Klima-Dialog mit China und wir streben gemeinsame politische, wirtschaftliche und technologische Anstrengungen zur Bekämpfung der Klimakrise an. Die Kooperation mit China darf nicht zu Lasten von Drittstaaten oder von Menschen- und Bürger*innenrechten gehen. Wir halten uns an Europas „Ein-China-Politik" und betonen, dass Chinas Vereinigung nicht gegen den Willen der Bevölkerung Taiwans erzwungen werden darf.

Das europäische Lieferkettengesetz muss angesichts der Menschenrechtsverletzungen – etwa in Xinjiang – Waren aus Zwangsarbeit den Zugang zum Binnenmarkt ebenso verwehren, wie es Unternehmen für ihre Produkte in Haftung nimmt. Unsere Handelsbeziehungen mit China wollen wir nutzen, um fairen Marktzugang für ausländische Investitionen, Rechtssicherheit und gleiche Wettbewerbsbedingungen einzufordern, sowie nachhaltige Wirtschaftskreisläufe international zu etablieren. Wir erwarten, dass China die entscheidenden Kernnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO ratifiziert und die jede Form von Zwangsarbeit beendet. Das ausgehandelte Investitionsabbkommen der EU mit China ist für uns in dieser Form nicht zustimmungsfähig. Das europäische Lieferkettengesetz muss angesichts der Menschenrechtsverletzung – etwa in Xinjiang – Waren aus Zwangsarbeit den Zugang zum Binnenmarkt ebenso verwehren, wie es Unternehmen für ihre Produkte in Haftung nimmt.Wir werden an einer engen europäischen und transatlantischen Koordinierung gegenüber China arbeiten, besonders auch in den Bereichen 5G-Ausbauund Schutz kritischer Infrastruktur.

Begründung

Wir sollten uns als Grüne gegenüber China für eine menschenrechtsorientierte Außenpolitik einsetzen.

Vor dem Hintergrund der Situation, dass die Tatsachen vor Ort in Xinjiang von den unterschiedlichen Seiten sehr verschieden dargestellt werden, braucht es eine internationale Fact-Finding Mission, die vor Ort mit einem ungehinderten Zugang zu allen relevanten Gesprächspartner*innen und Orten belastbare Erkenntnise bringt.

Ausführliche Kritik zum Sicherheitsgesetz Hongkong: https://www.gruene-bundestag.de/themen/menschenrechte/demokratiebewegung-unterstuetzen

Wir sollten uns klar auf die Seite der friedlichen Demokratiebewegung in Hongkong stellen, die trotz schwierigster Umstände sich für Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Hongkong einsetzt.

Die Umformulierung im Satz zu Kooperationen mit China stellt sicher, dass es nicht so missverstanden werden kann, dass sich "Die Kooperationen" nur auf den vorher genannten Klima-Dialog bezieht.

Das Lieferkettengesetz ist unser entscheidendes Instrument Menschenrechtskriterien in der Handelspolitik sicherzustellen und sollte daher an den Anfang des Abschnitts gestellt werden. Es kommt auch weg von einem rein China-orientierten Fokus in dieser Frage und vermeidet den Vorwurf einer Anti-China-Handelspolitik. Ebenso sollte sich der Satz zu den Handelsbeziehungen auch nicht nur auf China beziehen.

Ausführliche Kritik am EU-China Investitionsabkommen: https://reinhardbuetikofer.eu/2021/01/29/was-bringt-das-eu-china-investitionsabkommen-buetis-woche/